



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 20.09.2016
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Petra Hartig
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel

Verwaltung

Frau Elke Kappen
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Alfred T. Supper

Entschuldigt fehlten

Herr Klaus-Dieter Grosch

Herr Helmut Stalz

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 2 bis 10 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Verfahren zur Bestellung von Schulleitungen nach § 61 Schulgesetz NRW (SchulG NRW)	075/2016
3	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei dem Budget 702.21, Aufwendungen für Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude usw.	087/2016
4	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 12.07.01/0433.783100 Feuerwehr Methler (Umbau Altbau)	088/2016
5	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 12.07.01/0568.783100 Feuerwehr Mitte - Ölabscheider	089/2016
6	Feststellung Jahresabschluss 2015	079/2016
7	Überörtliche Prüfung – Gesamtabchluss und Beteiligungen der Stadt Kamen im Jahr 2015	069/2016
8	Neue VKU – Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung	076/2016
9	Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der WestfalenTarif GmbH	077/2016
10	Beteiligung der GSW an einer gemeinsamen Servicegesellschaft mit der Stadtwerke Unna GmbH zur Wahrnehmung gemeinsamer Dienstleistungsaufgaben	090/2016

11	Betriebsergebnisse des Jahres 2015 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen	
12	Finanzbericht	
13	Bürgerhaushalt hier: Bericht der Verwaltung	
14	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
075/2016

Verfahren zur Bestellung von Schulleitungen nach § 61 Schulgesetz NRW (SchulG NRW)

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 3.
087/2016

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei dem Budget 702.21, Aufwendungen für Unterhaltung der Grundstücke, Gebäude usw.

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
088/2016

Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 12.07.01/0433.783100
Feuerwehr Methler (Umbau Altbau)

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
089/2016

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 12.07.01/0568.783100
Feuerwehr Mitte - Ölabscheider

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
079/2016

Feststellung Jahresabschluss 2015

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.
069/2016

Überörtliche Prüfung – Gesamtabschluss und Beteiligungen der Stadt
Kamen im Jahr 2015

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 8.
076/2016

Neue VKU – Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 9.
077/2016

Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der
WestfalenTarif GmbH

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 10.
090/2016

Beteiligung der GSW an einer gemeinsamen Servicegesellschaft mit der
Stadtwerke Unna GmbH zur Wahrnehmung gemeinsamer
Dienstleistungsaufgaben

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 11.

Betriebsergebnisse des Jahres 2015 der gebührenfinanzierten
Kommunaleinrichtungen

Der Kämmerer, Herr **Tost**, wies auf die umfangreichen und aussagekräftigen
Unterlagen zu den Betriebsergebnissen hin.

Herr **Krause** stellte positiv heraus, dass die Betriebsergebnisse zeigten, wie
solide die Kalkulation und Planung gewesen sei.

Zu TOP 12.

Finanzbericht

Herr **Tost** gab anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage) einen
Überblick über die Finanzen zum 31.08.2016.

Auf Nachfrage von Herrn **Stalz** erklärte Herr **Tost**, dass die Prognose der
Verwaltung zum Einkommenssteueranteil zum 31.12.2016 aus dem Wissen
um die noch ausstehenden Zahlungstermine begründet sei.

Frau **Scharrenbach** blickte kritisch auf die Entwicklung der Kredite. Im Kontext betrachtet sei der Stand der Investitionskredite noch kein Grund zur Freude. Vor allem gebe aber der Stand der Kassenkredite Veranlassung zur Sorge, weshalb sie sich erkundigte, wie diese abgebaut werden sollen.

Herr **Tost** erläuterte den Stand der Investitionskredite und zeigte auf, dass für die Rückzahlung der Kassenkredite mit Blick auf den geplanten Haushaltsausgleich die Zeitschiene ab 2019/2020 geplant sei.

Auf den Einwand von Frau **Scharrenbach**, dass bis 2019/2020 die Höhe der Kassenkredite sehr wahrscheinlich ansteigen werde, verwies Herr **Tost** darauf, dass nach derzeitigen Stand aufgrund der guten Liquidität 2016 keine Kassenkredite aufgenommen werden müssten.

Zu TOP 13.

Bürgerhaushalt
hier: Bericht der Verwaltung

Einleitend kündigte Herr **Hupe** einen ersten Sachstandsbericht der Verwaltung gemäß dem Prüfauftrag aus dem Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen an. Eine Beschlussfassung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen.

Herr **Tost** gab einen Überblick über die Eckpunkte, des von der Verwaltung erarbeiteten Modells eines Bürgerhaushaltes für Kamen. Aufgrund der notwendigen Zeitschiene sei das Beteiligungsmodell Bürgerhaushalt erst für den Haushalt 2018 umsetzbar. Die Beteiligung würde über eine Internetplattform im Zeitraum März/April 2017 bis zu den Sommerferien stattfinden. Voraussetzung für die Teilnahme im Sinne einer sachlichen Diskussion sei, dass die Bürger sich mit einer identifizierbaren Anschrift anmelden müssten. Die Adressdaten würden nicht veröffentlicht, sondern dienen rein dem Ausschluss der Anonymität. Ratsmitglieder und sachkundige Bürger sollten aufgrund der bereits vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten von der Teilnahme ausgeschlossen sein. Inhaltlich sei die Beteiligung bezogen auf den Gestaltungsspielraum und das Interesse der Bürger auf den investiven Bereich des Haushaltes sowie allgemeine Anregungen beschränkt. Um den Missbrauch des Beteiligungsmodells vorzubeugen, werde die Verwaltung zunächst die Kommentare vor Veröffentlichung sichten. Nach Ablauf der Bürgerbeteiligung würden die eingegangenen Vorschläge ggf. mit Kommentaren der Verwaltung, dem Rat zur Sichtung und Entscheidung vorgelegt.

Abschließend kündigte er für die nächste Sitzung die Konkretisierung des Vorschlags mit Vorstellung einer Softwarelösung an.

Herr **Krause** begrüßte den vorgestellten Vorschlag der Verwaltung, insbesondere die Beschränkung auf die investiven Maßnahmen sowie den Beteiligungsausschluss von Ratsmitgliedern und sachkundigen Bürgern.

Herr **Eisenhardt** lobte den konstruktiven Vortrag des Kämmerers. Die Bürgerbeteiligung sei ein wichtiges Transparenzinstrument gegenüber den Bürgern. Er plädierte dafür, dass System möglichst offen und ohne Hürden für den Bürger zu gestalten, um eine hohe Beteiligung zu erreichen. Es sei fraglich, ob die Akkreditierung notwendig sei oder den Zugang zur Beteiligung nicht unnötig versperre. Mit Blick auf das Verfahren in anderen Städten schlug er vor, sich nicht auf eine rein schriftliche Abfrage zu beschränken.

Bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen sollten Ratsmitglieder zumindest als Beobachter eingeladen werden.
Für die CDU-Fraktion bekräftigte Herr Eisenhardt die positive Begleitung des Bürgerhaushaltes, wenn sichergestellt sei, dass die Beteiligung nicht durch unnötige Hürden auf einen eingeschränkten Personenkreis beschränkt werde.

Herr **Tost** machte deutlich, dass die Anmeldung mit einer identifizierbaren Anschrift keine unüberwindbare Hürde darstelle, sondern ausschließlich der Vermeidung von Anonymität und somit der Beherrschbarkeit des Systems diene. Öffentliche Veranstaltungen seien nicht vorgesehen.

Die FW/FDP-Fraktion sei offen gegenüber dem Vorhaben, so Herr **Stalz**. Es sei richtig, die Beteiligung nicht komplett anonym durchzuführen und das Modell nach 1-2 Jahren zu überprüfen. Er schlug vor, den Bürgern die Beschränkung der Beteiligung auf den Investitionshaushalt durch die Namensgebung deutlich zu machen.

Frau **Dörlemann** lobte das vorgestellte Konzept der Verwaltung. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bewertete die vorgestellten Bestandteile, wie die Beschränkung auf den Investitionshaushalt, die Vermeidung von Anonymität sowie den Ausschluss der Ratsmitglieder, durchweg positiv.

Frau **Scharrenbach** regte an, neben der Einführung des Bürgerhaushaltes die Haushaltsplanberatung im Rat durch frühzeitige Informationen und intensivere Diskussionen der Teilproduktpläne in den Fachausschüssen zu stärken. Die Zeitspanne zwischen Einbringung und Feststellung des Haushaltes sei mit 4 Wochen zu kurz bemessen.

Herr **Tost** verwies auf die gesetzlichen Fristen zur Aufstellung und Genehmigung des Haushaltes. Er machte deutlich, dass bestimmte, für die Aufstellung des Haushaltes notwendige Informationen, beispielsweise die Höhe der Kreisumlage oder der Schlüsselzuweisungen, die Verwaltung zeitlich so spät erreichten, dass eine Vorlage des Haushaltes mit belastbaren Zahlen bereits im Sommer nicht zu verwirklichen sei.

Herr **Heidler** führte aus, dass das Beispiel anderer Kommunen die Sinnhaftigkeit der Beschränkung auf die investiven Maßnahmen zeige. Um im Interesse einer sachlichen Diskussion als auch im Interesse der Ratsmitglieder einen geschützten Raum zu bieten, sei es wichtig, Anonymität zu vermeiden. Zwischen der Diskussion im Rahmen der Bürgerbeteiligung und in den politischen Gremien müsse unterschieden werden. Es liege in der Verantwortung der Fraktionen, ihre sachkundigen Bürger bei den Haushaltsberatungen mitzunehmen und zu beteiligen.

Herr **Heuchel** gab zu Bedenken, dass der Bürgerhaushalt in anderen Städten nicht immer der Bereicherung der Haushaltsdiskussionen diene, sondern oft auch nur Alibifunktion habe.
Seine Frage nach öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes wurde von der Verwaltung unter Hinweis auf die Ausführungen des Kämmerers verneint.

Zur Frage, ob die Verantwortung bei der Verwaltung oder in Arbeitsgruppen verortet sei, erklärte Herr **Tost**, dass sich die Bildung von Arbeitsgruppen erübrige, da keine öffentlichen Veranstaltungen geplant seien.

Auf die Einlassung von Herrn Heuchel zum sensiblen Umgang bei der Veröffentlichung der Daten, die durch die Anmeldung erfasst würden, hob Herr **Tost** hervor, dass die Anschriftsdaten aus der Anmeldung nicht veröffentlicht würden. Da keine öffentlichen Veranstaltungen geplant seien, erübrige sich auch die Bildung von Arbeitsgruppen.

Zusammenfassend stellte der **Bürgermeister** fest, dass die Verwaltung die Vorschläge und Kommentare sammle und dokumentiere, so dass der Rat diese dann bewerten und darüber entscheiden könne.

Zu TOP 14.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Mitteilungen der Verwaltung

1.1 Der **Bürgermeister** berichtete über die Dienstreisen der Ratsmitglieder

10. – 19.08.2016 Bürgerreise Türkei
Susanne Middendorf, Manfred Wiedemann

03.09.2016 Wein- und Heimatfest Unkel
Anke Dörlemann, Manfred Wiedemann

08. – 11.09.2016 Kamener Tag in Montreuil-Juigné
Susanne Middendorf, Manfred Wiedemann

2. Anfragen

2.1 Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob es nach den bekannt gewordenen Untreuefällen schon weitere Erkenntnisse über die Vorgehensweise der Mitarbeiter gebe und ob diese zu Konsequenzen für die internen Verwaltungsabläufe geführt habe.

Herr **Hupe** erläuterte, dass es sich um laufende Verfahren handele und daher zurzeit öffentlich noch keine weiteren Angaben dazu gemacht werden könnten.

Herr **Tost** verwies auf einen Bericht in nichtöffentlicher Sitzung.

2.2 Die Frage von Frau **Middendorf**, ob der Verwaltung etwas zum Reparatur- bzw. Sanierungsbedarf des oberen Parkdecks des Parkhauses am Koepeplatz bekannt sei, verneinten Herr **Hupe** und Herr **Dr. Liedtke**.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer